



10 24 20 BA

04.12.2012

Bürgerinformation

**zur 38. Sitzung des Stadtrates am Mittwoch, dem 05.12.2012, 16:00 Uhr, im Ratssaal,
Eingang Schillerstraße**

Sehr geehrte Zuhörerin,
sehr geehrter Zuhörer,

wir begrüßen Sie zur heutigen Sitzung des Stadtrates der Stadt Zweibrücken.

Es freut uns, dass Sie sich die Zeit genommen haben, das kommunalpolitische Geschehen in unserer Stadt zu verfolgen. Im öffentlichen Teil der heutigen Sitzung beschäftigt sich der Stadtrat mit insgesamt 16 Tagesordnungspunkten, die auf den nachfolgenden Seiten kurz erläutert werden. An den öffentlichen Teil schließt sich ein nichtöffentlicher Teil der Sitzung an. Hier werden heute Personalangelegenheiten und Ehrungen behandelt.

Dem Zweibrücker Stadtrat gehören neben dem Vorsitzenden, Oberbürgermeister Kurt Pirmann, noch weitere 40 Ratsmitglieder an. Diese Zahl ist in der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz festgelegt und richtet sich nach der Einwohnerzahl der Gemeinde. Die Sitze im Zweibrücker Stadtrat sind wie folgt verteilt:

SPD	- 16 Sitze
CDU	- 11 Sitze
FDP	- 5 Sitze
FWG	- 3 Sitze
Grüne Liste	- 3 Sitze
DIE LINKE	- 2 Sitze

Im Einzelnen werden während der heutigen Sitzung im öffentlichen Teil folgende Punkte behandelt:

- 1 Wirtschaftsplan 2013 der Einrichtung Festhalle Zweibrücken**
Gemäß § 1 des Betriebsführungsvertrages zwischen der Stadt Zweibrücken und der Stadtwerke Zweibrücken GmbH wird dem Stadtrat der Wirtschaftsplan 2013 der Einrichtung Festhalle Zweibrücken vorgelegt.
Der Stadtrat wird heute über diesen Wirtschaftsplan beschließen.
- 2 Verlustausgleich 2011/2012 GBI**
Die Gesellschaft für Beschäftigungsentwicklung, Qualifizierung und Integration mbH (GBI), Pirmasens, hat gemäß Beschluss in der Gesellschafterversammlung vom 15.10.2012 den Verlustausgleich für das Jahr 2011 in Höhe von 83.090,65 EURO sowie eine Abschlagszahlung auf den voraussichtlichen Verlust für das Jahr 2012 in Höhe von 70.000,00 EURO angefordert. Insgesamt fließen damit allein im Jahr 2012 282.627,86 EURO in den Verlustausgleich für die GBI. Die Beschlussfassung hierüber wird in der heutigen Sitzung erfolgen.
- 3 Beschaffung 3. Abschnitt "Hydraulik- und Pneumatiklabor" Berufsbildende Schule**
Im Juni 2010 wurde durch die Schulleitung der Berufsbildenden Schule der Antrag auf Anschaffung eines neuen Pneumatik- und Hydrauliklabors gestellt. Das mittlerweile 30 Jahre alte Pneumatiklabor der Firma Festo war in weiten Teilen defekt und nicht mehr zu verwenden. Es wurden keine Ersatzteile mehr hergestellt, was eine vollständige Reparatur unmöglich machte.
In Absprache mit der Verwaltung wurde die Maßnahme durch die Schulleitung in 3 Abschnitte unterteilt, deren Beschaffung in den Jahren 2010 bis 2012 erfolgen soll. Die Vergabe von Kauf und Lieferung der „Schulungsstände Pneumatik“ soll in der heutigen Sitzung erfolgen.
- 4 Theater- und Konzertspielzeit 2013/2014 (von Oktober 2013 bis einschließlich April 2014); Ermächtigung zum Abschluss von Gastspielverträgen**
Zur Durchführung der Theater- und Konzertspielzeit 2013/2014 ist vor Inkrafttreten des Haushaltsplanes der Abschluss von Verträgen mit Theatern und Orchestern erforderlich. Die Programmplanung für die Spielzeit 2013/2014 ist im Kulturausschuss bereits vorbesprochen. Um die vorgesehene Theater- und Konzertspielzeit rechtzeitig vorbereiten zu können, ist in der heutigen Sitzung die Erteilung einer Ermächtigung zum Abschluss von Gastspielverträgen zu beschließen.
- 5 Inhaltliche Änderungen in dem vom Sozialausschuss in der Sitzung vom 23. Februar 2012 beschlossenen "SGB II Bedarfs- und Leistungskatalog".**
Neben Änderungen aufgrund neuerlicher Rechtsprechung ergeben sich auch Anpassungsnotwendigkeiten aufgrund institutioneller Veränderungen vor Ort in Zweibrücken (hier: Auflösung GBI und deren Möbellager), die zur Änderung des Bearbeitungsablaufs bei der Gewährung bestimmter kommunaler Leistungen im Rahmen des SGB II (hier: Anträge auf Wohnungserstaussattung) führen. Die Änderungen sollen im „SGB II-Bedarfs- und Leistungskatalog“ berücksichtigt werden, damit die Leistungsgewährung durch das Jobcenter weiterhin rechtskonform und im Rahmen der Gegebenheiten vor Ort durchgeführt werden kann. Der Stadtrat beschließt heute über diese Änderung.

6 Rechtsverordnung zur Änderung der Rechtsverordnung der Stadt Zweibrücken über die Erhebung von Parkgebühren in der Stadt Zweibrücken vom 20.11.2001

Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion hatte im Zusammenhang mit der Genehmigung zum Haushaltsplan 2012 u.a. gefordert, dass die Stadt Zweibrücken die Parkgebühren anhebt. Nachdem diese Forderung nicht im Rahmen des Nachtragshaushaltsplanes erfüllt werden konnte, soll dies nunmehr zum Jahresbeginn 2013 erfolgen.

Dem entsprechend hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 31.10.2012 beschlossen, die Parkgebühr auf 0,50 € je angefangene halbe Stunde anzuheben und die Verwaltung beauftragt, die Änderung der Rechtsverordnung über die Erhebung von Parkgebühren vom 20.11.2001 durchzuführen.

Über eine entsprechende Rechtsverordnung zur Änderung soll heute ein Beschluss gefasst werden.

7 Bauleitplanung;

Vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 114/1 "Obere Denisstraße" - Änderung 1 im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB

- Beschluss zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange

- Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit (Öffentliche Auslegung)

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan ZW 114 "Obere Denisstraße" (kurz VBPlan -ZW 114) ist mit der Öffentlichen Bekanntmachung am 11.02.2012 in Kraft getreten. Dieser vorhabenbezogene Bebauungsplan schafft die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtung durch den Landesverein für Innere Mission in der Pfalz e.V..

Da sich mittlerweile inhaltlich als auch zeitlich Änderungen in der Planung des Vorhabenträgers ergeben haben, hat der Landesverein für Innere Mission in der Pfalz e.V. mit Schreiben vom 22. Oktober 2012 bei der Stadt Zweibrücken einen Antrag zur Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 114 gestellt, um die bauplanungsrechtlichen Grundlagen für die Errichtung einer Seniorenwohn- und Pflegeeinrichtung mit ergänzenden Nutzungen nach dem geänderten Vorhabenkonzept zu schaffen.

In seiner öffentlichen Sitzung am 31.10.2012 hat sich der Stadtrat mit diesem Antrag befasst, ihm statt gegeben und beschlossen das Verfahren zur Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans ZW 114 unter der Bezeichnung Vorhabenbezogener Bebauungsplan ZW 114/1 „Obere Denisstraße“ einzuleiten.

Auf der Grundlage des nunmehr vorliegenden Entwurfes sollen als nächste Verfahrensschritte die Öffentlichkeitsbeteiligung im Form einer öffentlichen Auslegung sowie die Beteiligung Behörden und sonstiger der Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden. In der heutigen Sitzung wird der Stadtrat über eine Zustimmung zu den weiteren Verfahrensschritten beraten.

- 8 Bauleitplanung;
Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes (LEP IV);
Erneutes Beteiligungs- und Anhörungsverfahren gem. § 8 Abs. 1
Landesplanungsgesetz des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung
- Stellungnahme der Gemeinde**
- Der Bau- und Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 27. November 2012 intensiv über die Teilfortschreibung des LEP IV beraten und eine Ergänzung der Stellungnahme der Stadt Zweibrücken beschlossen. Über die Stellungnahme der Stadt Zweibrücken wird der Rat in seiner heutigen Sitzung entscheiden.
- 9 Grundschule Breitwiesen; Neuerrichtung einer Aufzugsanlage**
- Zur Realisierung der Barrierefreiheit in der Grundschule Breitwiesen soll eine Aufzugsanlage in das Treppenauge des Haupttreppenhauses eingebaut werden. Die Ausführung des Aufzuges besteht aus lackierten Stahlprofilen mit Füllung aus Sicherheitsglas. Für die hierfür erforderlichen Arbeiten wurden vier Firmen in Form einer beschränkten Ausschreibung angefragt. Nach erfolgter Submission im Bauamt, bei denen vier Firmen ein Angebot abgaben und anschließender Prüfung und Wertung ging die Firma Böcker Maschinenwerke GmbH aus 59368 Werne als günstigster Bieter mit einem Bruttopreis von 43.613,50 € hervor. Der Stadtrat entscheidet heute über die Auftragsvergabe.
- 10 Neuerrichtung von 2 Aufzugsanlagen in der Berufsbildenden Schule**
- Zur Gewährleistung der Barrierefreiheit in der BBS sollen 2 Aufzugsanlagen eingebaut werden. Ein Aufzug im Bau „B“ über 4 Stockwerke und ein Aufzug im Bau „C“ über 3 Stockwerke. Es handelt sich um langsam laufende Hydraulikaufzüge, verglast, in einer Stahlkonstruktion, in der kleinsten zulässigen Ausführung. Für die hierfür erforderlichen Arbeiten wurden vom Ing. Büro Streuberaus Zweibrücken neun Firmen in Form einer beschränkten Ausschreibung angefragt. Nach erfolgter Submission im Bauamt, bei denen vier Firmen ein Angebot abgaben und anschließender Prüfung und Wertung ging die Firma Böcker Maschinenwerke GmbH aus 59368 Werne als günstigster Bieter mit einem Bruttopreis von 97.091,05 € hervor. Der Stadtrat entscheidet heute über die Auftragsvergabe.
- 11 Herzog-Wolfgang-Realschule Plus; Neuerrichtung einer Aufzugsanlage**
- Zur Gewährleistung der Barrierefreiheit im Schulgebäude soll eine Aufzugsanlage eingebaut werden. Damit alle Ebenen erreichbar sind, muss der Aufzug außen zur Straße hin, im linken Treppenhausbereich, angebaut werden. Es wird ein langsam laufender Hydraulikaufzug, verglast, in einer für den Außenbereich geeigneten Stahlkonstruktion, in der kleinsten zulässigen Ausführung. Für die hierfür erforderlichen Arbeiten wurden vom Ing. Büro Streuberaus Zweibrücken neun Firmen in Form einer beschränkten Ausschreibung angefragt. Nach erfolgter Submission im Bauamt, bei denen vier Firmen ein Angebot abgaben und anschließender Prüfung und Wertung ging die Firma Böcker Maschinenwerke GmbH aus 59368 Werne als günstigster Bieter mit einem Bruttopreis von 52.592,05 € hervor. Der Stadtrat entscheidet heute über die Auftragsvergabe.

12 Einführung eines elektronischen Personenstandsregisters und des Sicherungsregisters; Abschluss einer Zweckvereinbarung

Die Vorschriften für die Beurkundung des Personenstands in Deutschland sind durch das Gesetz zur Reform des Personenstandsrechts (Personenstandsrechtsreformgesetz – PStRG) vom 19. Februar 2007 (BGBl. I, S. 122) neu gestaltet worden. Das neue Personenstandsgesetz (PStG) trat im Wesentlichen am 1. Januar 2009 in Kraft. Neben teilweise weitreichenden Entbürokratisierungsmaßnahmen (Abschaffung des Familienbuchs, Reduzierung der Arten von Personenstandsurkunden, Straffung der personenstandsrechtlichen Verfahren) wird als Kernelement der Reform vor allem die Beurkundung in elektronisch geführten Personenstandsregistern und ein weitgehend standardisierter elektronischer Mitteilungsverkehr der Standesämter untereinander und mit anderen Behörden eingeführt. Über die Übertragung der Aufgabe auf einen Zweckverband und eine entsprechende Zweckverbandsvereinbarung wird der Rat heute entscheiden.

13 Vollzug des § 94 Abs. 3 GemO; Annahme von Spenden

Der Stadtrat muss über die Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen entscheiden. In der heutigen Sitzung entscheidet der Stadtrat über Geldspenden.

**14 Notsicherungsmaßnahmen im geplanten 2. Bauabschnitt des historischen Gartendenkmals Fasanerie;
Antrag der FDP-Fraktion**

Die FDP-Fraktion beantragt, dass der Stadtrat die Verwaltung beauftragt, unverzüglich Maßnahmen zur Sicherung der beiden Türmchen im unteren Teil der Fasanerie-Gartenanlage einzuleiten, um sie vor einer Unterspülung und einem dadurch bedingten Einsturz zu bewahren. Nach Auffassung der FDP-Ratsfraktion genügt es nicht einen Zaun um die Gefahrenstelle zu ziehen und abzuwarten, wann die Gebäude zusammenfallen. Die Restaurierung des Kaskadenbereichs ist dringend erforderlich, um das historische Gartendenkmal Fasanerie in seiner Anlage und Gesamtwirkung wiederzubeleben.

15 Anfragen von Ratsmitgliedern

Bei diesem Tagesordnungspunkt können Ratsmitglieder Anfragen an die Verwaltung richten.

16 Rede des ältesten Ratsmitgliedes Richard Scherer zum Jahresabschluss

An den öffentlichen Teil schließt sich der nichtöffentliche Teil der Sitzung an.

Im Auftrag

Körner
Verwaltungsrat